

**Bericht von der 58. Sitzung des Jugendhilfeausschusses  
am 8. November 2018, 18 Uhr, im Festsaal des Neuen Rathauses**

**TAGESORDNUNG**

Tagesordnungen, Niederschriften, Anträge, Vorlagen, Anfragen, Anlagen usw. zu den verschiedenen Topics finden Sie im [Fachkräfteportal des JugendInfoService](#) und im [Ratsinformationssystem](#).

öffentlicher Teil

1. Bekanntgabe nicht öffentlicher Beschlüsse
2. Kontrolle der Niederschrift vom 6. September 2018
3. Informationen/Fragestunde
4. Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2019/2020 gemäß § 76 SächsGemO
5. Haushaltssatzung 2019/2020 und Wirtschaftspläne 2019 der Eigenbetriebe – hier: Beschlussempfehlung zum Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan
6. Ergebnisse der Einwohnerversammlung „Schulentwicklung in der nördlichen Johannstadt“ vom 25. Juni 2018
7. Aufnahme der Kindertageseinrichtung Hort an der 153. Grundschule, Fröbelstraße 1-3, 01159 Dresden in den Bedarfsplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege 2018/19 und Betreuung durch den Träger Arbeiter-Samariter-Bund Dresden & Kamenz gGmbH
8. Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe 2019 – Vorläufige Zuwendungen
9. Planungsrahmen der Kinder- und Jugendhilfe in Dresden – Spezifischer Teil (Teil IV), hier: Planungsbericht Kinderschutz 2016
10. Umsetzung des Beschlusses V1569/17 – Ausschreibungstext für das Interessenbekundungsverfahren „Aufgabenbeteiligung bzw. -übertragung für die Gewinnung, Schulung und Beratung ehrenamtlicher Einzelvormunde“
11. Umsetzung des Beschlusses V1569/17 – Ausschreibungstext für das Interessenbekundungsverfahren „Führen von Vereinsvormundschaften im Zuständigkeitsbereich des Jugendamtes der LHD“ und die Vergütung des Vormundschaftsvereins
12. Jugendkultur in Striesen/Blasewitz
13. Jugendbeteiligung ernst nehmen – Umsetzung des neuen § 47a der SächsGemO
14. Berichte aus den Unterausschüssen

nicht öffentlicher Teil

15. Informationen

Jan Güldemann, stellvertretender Vorsitzender des Dresdner Jugendhilfeausschusses, leitete diese Sitzung. Er begrüßte alle Anwesenden im Festsaal des Neuen Rathauses, besonders den neuen Vertreter des Schülerrates. Dann stellte er die form- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Der Tagesordnungspunkt 13 wurde vertagt und Punkt 6 vor Punkt 4 geschoben. Die Tagesordnung wurde mit dieser Änderung einstimmig angenommen und die Niederschrift vom 6. September 2018 bestätigt. Dann gab er einen Beschluss des Jugendhilfeausschusses aus der nicht öffentlichen Sitzung vom 27. September 2018 bekannt. Der Oberbürgermeister wurde beauftragt, dem Vergleich mit dem Kindervereinigung Dresden e. V. zuzustimmen.

Jugendamtsleiter Claus Lippmann informierte darüber, dass die Fördervorlage bis Anfang Dezember fertiggestellt sein wird. Bis diese beschlossen ist, erhalten die Träger der freien Jugendhilfe vorläufige Zuwendungen (siehe Tagesordnungspunkt 8). Im nächsten Amtsblatt werden die Träger der freien Jugendhilfe aufgefordert, ihr Interesse an der Schulsozialarbeit an der 92. Grundschule zu bekunden. Außerdem gab er bekannt, dass der Stadtrat zwei Beschlüsse gefasst hat: Der Kinder- und Jugendbauernhof Nickern erhält die Fördersumme von 175 500 Euro für den Ausbau des Bauernhauses und das Präventionsbudget in Höhe von 300 000 Euro wird für 20 Stellen á 0,5 VzÄ für Sozialraumkoordinatoren verwendet und ins Jahr 2019 übertragen.

Die Information Nr. 12/2018 lag den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses vor und berichtet zu folgenden Themen:

- Beantwortung von Anfragen der Jugendhilfeausschussmitglieder
  - Finanzielle Auswirkungen der Ausstattung von Berufsschulen mit Schulsozialarbeit
  - Fachthema „Kinder- und Jugendnotdienst“ im Jugendhilfeausschuss
- Träger AWO gGmbH schließt Jugendwerkstatt „Profil“

Zum letzten Punkt fragt ein Ausschussmitglied, ob die Jugendlichen aus der Jugendwerkstatt „Profil“ in anderen Projekten untergekommen sind. Der Jugendamtsleiter bejahte dies.

Ein anderes Ausschussmitglied fragte nach der pädagogischen Betreuung der Kinder des Dresdner Parkreisenbahn e. V. Dieses Thema soll im Januar noch einmal im Jugendhilfeausschuss besprochen werden. Außerdem wurde kurz über einen aktuellen Fall des Kindeswohls bei Abschiebung gesprochen.

Weiterhin wurde nach dem aktuellen Stand der Widersprüche und der Verwendung der Landesmittel für ehrenamtliche Arbeit gefragt. Die Fragen werden schriftlich beantwortet, ebenso wie genaue Informationen zu dem Baumaßnahmen am Kinder- und Jugendhaus „Mareicke“.

Ein Ausschussmitglied erzählte, dass in der Abschiebehaft auch die Inhaftierung von Kindern theoretisch und praktisch möglich sei und bat um eine Stellungnahme des Jugendamtes.

Jugendamtsleiter Claus Lippmann sagte, dass er dazu derzeit keine Informationen hat.

Die HzE-Statistiken von Dezember 2016 und Januar 2017 fehlen im Fachkräfteportal des JugendInfoService und werden dort eingestellt.

Die Stellenbeschreibung des Leiters des Amtes für Kinder, Jugend und Familie wurde von einem Ausschussmitglied angefordert. Diese und andere offene Fragen, werden schriftlich beantwortet.

Die Kinder- und Jugendbeauftragte wies auf das neue Kindertrauerzentrum der Johanniter und eine Kartensammlung zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen hin und verteilte Werbematerialien.

Anschließend besprachen die Ausschussmitglieder die Ergebnisse der Einwohnerversammlung „Schulentwicklung in der nördlichen Johannstadt“ vom 25. Juni 2018 (V2604/18). In Johannstadt haben 50 Prozent der Schülerinnen und Schüler der Oberschule und mehr als 60 Prozent der Grundschülerinnen und -schüler einen Migrationshintergrund. Es gibt viele soziale und psychische Probleme, die gelöst werden sollen. Ziel sei es bis 2022 ein attraktives Lernquartier zu schaffen, in dem Schülerinnen und Schüler von der Kindertageseinrichtung bis zur Berufsausbildung oder zum Abitur gut und erfolgreich lernen und neben fachlichen auch wertvolle interkulturelle Kompetenzen erwerben können. In den Anlagen zur Vorlage werden Maßnahmen vorgeschlagen und die Anregungen aus der Einwohnerversammlung abgewogen. Bildungsbürgermeister Hartmut Vorjohann berichtete von einer Einwohnerversammlung und wies auf den Vorschlag der Stadtbezirksräte hin. Der Jugendhilfeausschuss folgte der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Planung und lehnte die Vorlage ab.

Bevor die Haushaltssatzung beraten wurde, stand die Vorlage mit den Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2019/2020 (V2674/18) auf der Tagesordnung.

277 Einwendungen waren zulässig und fristgerecht eingereicht und unter 17 Themenkomplexen zusammengefasst worden. Dem Einwand zum Themenkomplex n) Ko-Finanzierung „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ wurde stattgegeben, die anderen Themenkomplexe wurden zurückgewiesen.

Danach beriet der Jugendhilfeausschuss die Haushaltssatzung zum Doppelhaushalt 2019/2020 und die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe für 2019 (V2583/18). Der Jugendhilfeausschuss stimmte für den Einsatz von weiteren Mitteln in Höhe von mehreren Millionen. Diese sollen unter anderem für Tarifierhöhungen bei den Beschäftigten der Träger der freien Jugendhilfe und zusätzliche Fachkräfte, für höhere Sachkosten, für bewegliche Sachen des Anlagevermögens, für Baumaßnahmen und für Dachverbände und Jugendverbandsarbeit ausgegeben werden. Die Projekte Familienklassenzimmer und Straßenschule sollen weiterhin finanziert werden. Für Schulsozialarbeit soll ein extra Schlüsselprodukt im Haushalt gebildet werden, um die bereitgestellten Mittel besser einsehen zu können. Die Vorlage soll am 22. November im Stadtrat beschlossen werden.

Der Jugendhilfeausschuss sprach sich anschließend für die Aufnahme des Hortes an der 153. Grundschule, Fröbelstraße 1 bis 3 in den Bedarfsplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege 2018/2019 und die Betreibung durch den Träger ASB Dresden & Kamenz gGmbH rückwirkend zum 1. August 2018 (V2428/18) aus.

Danach wurde die Vorlage Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe 2019 – Vorläufige Zuwendungen (V2488/18) im Ausschuss beschlossen. Alle Träger der freien Jugendhilfe, die 2018 durch das Jugendamt gefördert wurden und für die für 2019 ein Antrag vorliegt, erhalten einen vorläufigen Zuwendungsbescheid. Die monatliche Vorauszahlung beträgt ein Zwölftel der Beschlusssumme 2018. Bei Angeboten, die nicht ganzjährig gefördert wurden, wird die durchschnittliche monatliche Fördersumme des Förderzeitraumes im Jahr 2018 für die Vorauszahlung zugrunde gelegt. Auch die Straßenschule erhält diese vorläufige Förderung.

Im Anschluss beschloss der Jugendhilfeausschuss den Planungsbericht Kinderschutz 2016 (V2351/18). Der Bericht beinhaltet die Darstellung zentraler Arbeitsschwerpunkte aus dem intervenierenden und präventiven Kinderschutz, wie Vernetzungs- und Qualifizierungsarbeit, Kooperationen, Meldungen bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung und die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Inobhutnahme. Die dargelegten Ziele und Maßnahmen bilden die Grundlage für die weiterführende Kinderschutzarbeit in Dresden. Der Planungsbericht Kinderschutz soll zukünftig im Vierjahresrhythmus fortgeschrieben werden und nicht alle zwei Jahre, wie bisher. Im künftigen Bericht soll ein zusätzlicher Abschnitt zum Kinderschutz im Erstaufnahmeeinrichtungen bzw. Ankerzentren aufgenommen werden.

Danach stellte eine Abteilungsleiterin aus dem Jugendamt in erster Lesung zwei Ausschreibungstexte kurz vor. In den Texten werden anerkannte Träger der freien Jugendarbeit bzw. Vormundschaftsvereine aufgerufen, ihr Interesse an der Gewinnung, Schulung und Beratung ehrenamtlicher Einzelvormunde (V2646/18) bzw. dem Führen von Vereinsvormundschaften in Dresden (V2647/18) zu bekunden. Beide Vorlagen beinhalten auch Kriterien, mit denen die Interessensbekundungen bewertet werden sollen. Die Ausschussmitglieder forderten, dass die Vorlagen auch im Unterausschuss Hilfen zur Erziehung beraten werden.

Mit dem Antrag der Rot-Rot-Grünen-Stadtratsfraktionen Jugendkultur in Striesen/Blasewitz (A0469/18) soll der Oberbürgermeister beauftragt werden, zu prüfen, ob auf einem Grundstück an der Kreuzung Spenerstraße/Kyffhäuserstraße ein Spielplatz für Jugendliche mit Sport- und Spielanlagen und Graffiti-Wänden eingerichtet werden kann. In dem Antrag wird ein Bedarf an Freizeitmöglichkeiten in Blasewitz und besonders in den Stadtteilen Striesen-West und Striesen-Ost beschrieben. Der Jugendhilfeausschuss befürwortete den Antrag, beschlossen wird dieser im Stadtrat.

Die Mitglieder der Unterausschüsse (UA) berichteten von den letzten Sitzungen:

- n UA-Planung berichtete nicht zusätzlich, zu den bereits in der Sitzung besprochenen Beschlussempfehlungen.
- n UA-Förderung berichtete ebenso nicht zusätzlich.
- n UA-HzE besprach die Vorlagen Haushalt und Planungsbericht Kinderschutz.
- n UA-Kita beschäftigte sich in der nächsten Sitzung mit der Vorlage Bildungsstrategie.

**Die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses findet am 29. November 2018, 18 Uhr, im Festsaal des Neuen Rathauses statt.**

Hinweis: Alle Informationen zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses erfolgen unter dem Vorbehalt der Erlangung der Rechtskraft gefasster Beschlüsse vorbehaltlich der Widerspruchsfrist.

*Quelle: S. H. (SB PR/JHA, LHD, Jugendamt)*